

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei wöchentlichem  
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich  
22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.,  
auschl. Anfertigungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
„Zeitung“ eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Mon-  
atshefte wird keine Gewähr über-  
nommen. Hochdruck nur mit der  
Zustellungsangabe. Geschäftsver-  
hältnisse. Fern. der Geschäftsstelle Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103  
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1123.

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gepaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
3 mm Zeilenanzahl 40 Pf., Reklamen  
ab 92 mm breite Millimeterzeile  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle an. Sämtliche  
Anzeigengebühren. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schließung und Sonntags-  
Schließung: Halle, Neue Drom-  
straße 16, St. Pauli-Str. 17.  
Halle, Neue Dromstraße 16.  
Weimar, Große Buchdruck-  
straße 22 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 475.

Halle, Sonntag den 10. Oktober 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Die Friedensdenkschrift des Kronprinzen.

Der französische Widerstand gegen die Genfer Konferenz. — Internationale Konferenz über Verkehrsfragen. — Ausdehnung des Berliner Zeitungstreiks. — Protest gegen die französischen Uebergriffe.

### Die Friedensdenkschrift des Kronprinzen.

Vor einiger Zeit veröffentlichte der „Matin“ einen angeleglichen Brief des Kronprinzen an den Kaiser vom Jahre 1917, in dem der historische Ablauf des Verfalls des Friedens angedeutet wird. Diese Veröffentlichung scheint jedoch nur dem allgemeinen Sinne nach richtig gemeint zu sein. Eine vom Major a. D. Anter, des ehemaligen Nachrichtenoffiziers der D. S. L. bei der Seeresgruppe Kronprinz, herausgegebene „Militärpolitische Korrespondenz“ bringt jetzt den vollen Wortlaut der Eingabe, die der ehemalige Kronprinz im Sommer 1917 an seinen Vater, die D. S. L. und den Reichstag sandte. Diese Denkschrift ist aus dem Grunde interessant, weil sie aus genau den richtigen Erwägungen und Motiven den Verfall des Friedens klar und deutlich darlegt, aus denen er damals von der Reichstagsmehrheit in der bekannten Resolution gefordert wurde. Die Denkschrift schließt zunächst mit einer Aufforderung über die wirkliche Lage den Fortschritt an, die politische, soziale, wirtschaftliche, finanzielle, gesundheitliche, moralische Lage der Nation zu verbessern, die Stimmung unseres Volkes, und bei ihrer Besserung die sich voraussichtlich ergeben, so man kann wohl „genau“ sagen, daß die Friedensdenkschrift in den weitaus meisten Fällen der Bevölkerung eine rechtliche Grundlage geworden ist. Die unbeschriebenen Briefe des Kronprinzen sind die drei Jahre andauernden Kriege, die fast ausnahmslos jedes deutsche Haus und jede deutsche Familie in Trauer versetzt haben, die Aussicht, daß die deutsche Bevölkerung an todkranken Menschenleben zu erwarten stehen, die Gemütsdepression, die durch Entbehrung aller und jeder Art erzeugt und genährt wird, die Enttäuschung und Kohnlosheit, alles dies zusammengekommen hat eine Nation in weiten Volksteilen, und zwar nicht etwa nur sozialdemokratischen, erzeugt, die für die Verwirklichung des Kampfes ebenso erdwandig ist, wie sie jetzt in dem monarchistischen Lager dankbar empfängt. Redet man hierzu, daß die bestimmte Meinung auf schnelle Beendigung des U. S. L. Krieges sich nicht erfüllt hat, so wird man sich über die ersten Stimmungen kaum wundern dürfen.

Ein Vergleich zwischen unsern Nezeren und denen der Zeit führt den Kronprinzen zu dem Resultat, daß selbst in den besten Fällen an eine Offenbarkeits nicht gedacht werden darf, sondern nur an ein möglichstes Halten der Stellung bei intensiver Fortführung des U. S. L. Krieges für eine gewisse Zeit. Ist es verdrüsslich und keine Hoffnung auf Beendigung des Kampfes eingetreten, so müssen wir den Frieden suchen, den unsere Diplomatie in der Zwischenzeit schon vorzubereiten hat.

Wohlstandswert hat auch folgende Sätze am Schluß der Denkschrift: „Die Not wird bei uns steigen, die Auffüllung der Mannschaftrufen bei uns von Tag zu Tag schwächer werden. Es handelt sich heute um die Erhaltung der Dynastie, um den Bestand des Deutschen Reiches und das Fortbestehen des deutschen Volkes. Dürftener unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Aufstande vonnöten, preußischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen, Bedenklich geschrieben. Dazu darf es nicht kommen und daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch an einen Verändigungsfrieden einzugehen. Ein solcher bringt uns zwar eine Entlastung, aber eine unerlöste Verlängerung des Krieges könnte uns im Frühjahr 1918 allein, ohne Bundesgenossen nach dreieinhalb Kriegsjahren aus schweren Wunden blutend der ganzen Welt gegenübersehen lassen, uns mit Vernichtung bedrohen. Eins steht fest: Wahrscheinlich in diesem Kriege, so sind wir tatsächlich die Sieger, weil wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, ohne vernichtet zu werden.“

Aus diesem historischen Dokument können alle diejenigen lernen, die fortgesetzt eine Anleihe auf die englische Erbschaft der Front aus der Heimat“ fassen. Der Kronprinz hatte die Vorse durchaus richtig erkannt, ebenso die Kaiserin — wie wir von anderer Seite wissen — aber beide unterlagen damals in den kritischen Tagen der kurzschlüssigen Starrköpfigkeit Ludendorffs genau so wie die Reichstagsmehrheit, die aus edelstem Vaterlandsempfinden heraus für den Verändigungsfrieden eintrat, weil sie vorausfah, daß die militärisch-technische Abenteuerpolitik Deutschlands ins Unglück führen mußte.

### Rus Oberstleuten.

Nach einer Bittermeldung aus Wladiwostok ist Baron der Adelsfamilie des Josephaler Wortes an 10 deutscher Arbeiter, der als einziger von den Tatern nach Polen entkommen war, gestern im Kaspischen Gebiet festgenommen worden. In Kowlowitz bei Kattowitz sind einige Fälle von Typhus festgestellt worden.

### Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schöler, der kürzlich in München weilte, erklärte in einer Unterredung über die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland u. a.: daß man sich mit dem Plan beschäftige, Deutschland in Wirtschaftsanarchie einzuteilen. Bei dieser Einteilung sollten Bayerns Wünsche berücksichtigt werden. Er verleihe die Eisenart Bayerns durchaus und auch die besonderen Aufgaben, die dieses Land innerhalb des Reiches habe. Mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Landesminister neueren Unterredungen hätten ein ganz besonderes persönliches Gespräch stattgefunden. Über die Kohlenfrage laute der Minister, daß wir unter Umständen im kommenden Winter nur außerordentlichen Schwierigkeiten gestiftet werden könnten. Bei der Kohlenversorgung werde Bayern, soweit es sich im Rahmen der Versorgung der übrigen deutschen Länder möglich machen lassen werde, berücksichtigt werden. Besichtlich der Aufhebung der Zwanngewirtschaft meinte der Minister, daß man den Mut aufbringen müsse, diesen Spruch endlich einmal zu wagen, wenigstens die gewisse Bedenken nicht unterdrücken könnte. Ein harter Akt der Kriegesgesellschaften sei in den letzten Monaten bereits durchgeführt worden. Durch die ganzen Ausführungen des Ministers ging ein harter Zug von Optimismus.

### Zur Lage in England.

Amsterdam, 9. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus London: Lloyd George hielt auf der Jahresversammlung des Nationalrats der Liberalen Partei von Wales eine Rede, worin er den Gedanken einer Koalitionsregierung vertrat. Er meinte, daß die Koalition der Liberalen Partei mit der konservativen Regierung gebildet habe. Lloyd George betonte, zu beinahe allen Ländern hätten die Umstände während und nach dem Kriege Koalitionsregierungen notwendig gemacht. Amerika ist eine Ausnahme, aber Amerika kam erst spät in den Krieg und was, sagte Lloyd George, sehen wir jetzt in Amerika. Dort ist der Friedensvertrag mit Deutschland nicht unterzeichnet worden, weil der Parteistamp in diesem Lande heftig wütet. Wäre dieses auch in England geschehen, so würde auch England sich noch im Kriege mit seinen früheren Feinden befinden.

Zur Bergarbeiterfrage erklärte Lloyd George, es werde schließlich von den Bergarbeitern verlangt, daß die Steinkohleerzeugung so werde, wie das erste Quartal dieses Jahres war, dann könnten sie zwei Schilling Lohnmehrung pro Tag erhalten. Er hoffe darauf, daß der gesunde Verstand der Bergarbeiter liegen werde. Zur russischen Frage führte Lloyd George aus, es habe keinen Zweck, Kriege mit Rußland zu schließen, da die Sowjetregierung kein Vertrauen zu erwecken wisse und ihr Wort nicht halte und unter der Maske eines Friedensfreundes in England die politische Atmosphäre zu verfallen trachte. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Vertrauensresolution für Lloyd George an.

### Beschlüsse der Botschafterkonferenz.

Die Botschafterkonferenz in Paris beschloß in ihrer Freitagssitzung, daß das von Österreich zurückgehaltene Kriegsmaterial zerstört werden müßte. Das Ergebnis aus dieser Zerstörung soll vor der Hand auf einem besonderen Konto verbucht werden. In der Frage, was mit dem in Danzig vorhandenen Kriegsmaterial geschehen soll, beschloß die Konferenz, abzuwarten, bis die Sanftmütigkeit selbst einen Beschluß gefaßt hätten, sei es im Sinne der Zerstörung dieses Kriegsmaterials oder seiner Rückerstattung an Danzig oder Polen.

### Der französische Widerstand gegen die Genfer Konferenz.

Paris, 9. Oktober. Die „Revue Parisienne“ meldet, daß die französische Regierung auf die englische Note, mit der Frankreich aufgefordert wird, zur Regelung der Wiedergutmachungsfrage baldigst die Finanzkonferenz in Genf zusammen zu berufen, die Antwort erteilt. In der Antwort heißt es am Schluß: Niemals ist in Spa eine internationale Konferenz vorgeschlagen, lediglich eine Sachverständigenkonferenz sollte stattfinden, an der, wenn möglich, eine besondere französische Kommission teilnehmen sollte. Zuvor sollten sich die technischen Delegierten zusammenfinden, um alle technischen Fragen zu klären, ehe sich die Finanzfragen besprechen. In diesem Sinne würden in nächster Zukunft, wie das Blatt aus angeblich authentischer Quelle erzählt, Besprechungen zwischen Frankreich und England stattfinden.

### Die französischen Uebergriffe.

Wegen der Vorgänge bei dem Kirchweihfest in Ober-Ingelheim, wo ein junger Mädchen aus Frankfurt von einem französischen Soldaten erschossen wurde, hat das heftige

Staatsministerium an das Oberkommando der französischen Truppen in Mainz eine Note gerichtet. Darin wird ausgedrückt, man habe in Ober-Ingelheim den Eindruck, daß der Ueberfall von den französischen Soldaten beabsichtigt war. Die Erregung sei deshalb sehr groß. Das Staatsministerium erlaßt daher dringend das Oberkommando, die Garnison gegen andere Truppen auszutauschen. Weiterens werde die heftige Regierung die Reichsregierung bitten, bei der französischen Regierung für den Beseitigung eine angemessene Entschädigung zu erwirken. Die Reichsregierung hat sich dem Angelegenheit befehligt.

### Ausdehnung des Zeitungstreiks.

Nach einer Korrespondenz-Meldung an die Abendblätter wollen die Berliner Buchdrucker-Organisationen den Ausstand über Buchdruckerwerke mit Hilfe der Reichsorganisation über Berlin hinaus ausdehnen, falls die Einigungs-Verhandlungen kein Ergebnis haben. Am Nachmittag wollten die Betriebsräte der großen Berliner Verlage gemeinsam Stellung nehmen.

Eine Korrespondenz-Meldung an die Abendblätter besagt: Auf Grund ihrer Sympathieerklärung für die Zeitungsvorleger durch die Buchdruckerstreik haben sich 150 Firmen bereit erklärt, die Verteilung der Zeitungen und die sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Ablehnung der Ausführung dieser Arbeiten werden die Druckereifirmen ebenfalls zur Entlassung ihrer Arbeiter gezwungen. Von beteiligter Seite wird diese Meldung bestätigt.

### Internationale Konferenz über Verkehrsfragen.

London, 9. Oktober. Nach einer „Times“-Meldung aus Washington vereinigen sich heute die Delegierten von Frankreich, Nordamerika, England und seinen Kolonien, sowie der Vereinigten Staaten, um sich über Verkehrsfragen internationaler Natur zu beraten. Die Besprechung soll die Vorbereitung einer großen internationalen Verkehrskonferenz dienen. Die Amerikaner werden die Ueberweisung der ehemaligen deutschen Kabel verlangen.

### Beteiligung des Reichs am Ausbau der Wasserstraßen.

Zu den Vorarbeiten für den Ausbau der deutschen Wasserstraßen waren vom Reich in den Jahren 1917/19 1.9 Mill. Mk. angewiesen, die in erster Linie den Plänen zur Verbindung des Rheins mit der Donau durch den Main und Neckar zugute kamen. Die Ausgestaltung des Neckars als Groß-Schiffahrtsweg ist in Gestalt von Notstandsarbeiten, nachdem hierzu im Mai 10 Mill. Mk. bereitgestellt waren, auch bereits in Angriff genommen. Der Entwurf stellt sich als gerade Fortsetzung der Rhein-Schiffahrtsstraße nach dem Innern Süddeutschlands dar, indem er die Kanalisierung der Neckarstraße von Mannheim bis Wöhringen für den Verkehr mit Großhäfen vorstellt. Wöhringen wird dadurch statt des an der Außenlinie des Reiches gelegenen Hafens Reich nicht nur für Baden und Württemberg, sondern auch für bayerische Gebiete zum künftigen Umschlagplatz, wodurch die Interessen Bayerns eine erhebliche Förderung erfahren. Zugleich mit der Kanalisierung sollen auch die Stauanlagen mit Wasserkraftwerken zur Erzeugung elektrischer Arbeit ausgebaut werden. Daneben bringt die Ausgestaltung des Neckars durch Verbesserung des Hochwasserstandes nicht unwesentliche Vorteile. Die Baukosten sind nach früheren Anschlüssen auf rund 150 Mill. Mk. angesetzt worden, dürften aber in Anbetracht der gänzlich veränderten Verhältnisse sich jetzt viel höher stellen. Immerhin erscheint die Rentabilität gesichert, wobei vor allem die Abgabe elektrischen Stromes aus den Wasserkraftanlagen in Rechnung zu stellen ist. Mit Einschluß der, wie erwähnt, bereits bewilligten 10 Mill. Mk. sollen 50 Mill. Mk. in den Reichshaushalt für die Wasserbauten angewiesen werden. Ferner werden durch den Haushaltungsentwurf 1920 gleichfalls 50 Mill. (von denen 10 Mill. Mark bereits früher bewilligt wurden) zum Bau einer Groß-Schiffahrtsstraße von Althausen bis Wöhringen und für den Ausbau der Donau von Regheim bis zur Reichsgränze bei Pössa ein schließlich Verwertung der an diesen Wasserstraßen zu gewinnenden Wasserkräfte bereitgestellt. Die Vorarbeiten zu diesen Bauarbeiten sind schon seit einigen Jahren besonders durch bayerische Landtagsbeschlüsse, zunächst für die Kanalisierung des Main-Donau-Stromes und, zunächst für die Kanalisierung des Neckars, im Reichshaushalt bewilligt worden. Der Ausbau der Donau von Regheim bis Wöhringen ist ein Vertrag von 75 Mill. Mk. zur Verfügung zu stellen, wobei aber der Ausbau dieser Strecken ausdrücklich nur als Teil des künftigen Groß-Schiffahrtsweges über Nürnberg bezeichnet war. In der Folge beantragte Bayern, den Bau der genannten Wasserstraßen auf das Reich zu übernehmen. Die Reichsregierung ist unter bestimmten Voraussetzungen hierzu bereit und sucht nun die Bewilligung eines Kredits bis zur oben angegebenen Höhe als ersten Teilbetrag nach.

# Deutsches Reich.

Zur Befähigung von landlichen Sieblungsmaasigkeiten für vertriebene Glas-Bohrer, die den landwirtschaftlichen Berufen entzogen sind, bezweckt Mittel zur Verfügung gestellt. Näheres durch die Reichsregierung vertriebenen Glas-Bohrer, Berlin W 8, Wilhelmstraße 72, sowie die provinziellen gemeinnützigen Sieblungsmaasigkeiten bzw. die Sieblungsmaasigkeiten.

Der landwirtschaftliche Beirat bei der Staatsregierung setzt gestern über die Kartoffelerzeugung. Es wurde beschlossen, die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen zur Ausbringung verbilligter Kartoffeln zum Preise von 20 Mark für den Zentner für die minderbemittelte Bevölkerung und für Kranke- und Waisenhäuser anzuregen.

Großer Stempelmarken Diebstahl. Wie eine Korrespondenz meldet, sind auf dem Hauptamt in Charlottenburg von Einbrechern Stempelmarken und Stempelbogen im Gesamtwert von einer Million Mark geklaut worden. Die Diebe, die sich gemeinsam Eingang in die Räume verschaffen, sprengten mit Dynamit die Schüre und Kulte und nahmen daraus alle preussischen Stempelmarken, während sie die deutschen unbedruckt liegen ließen. Neben den Stempelmarken und Stempelbogen, nahmen sie auch Reifeperforatoren mit eingedrucktem Stempel über 3 Mark mit.

Einer Meereskatastrophe, die zum Kapitell des Reiches auf dem früheren bekannten Räderdampfer „Rügen“ verübt wurde, ist die Gendarmarie in Nordhamm (Oldenburg) auf die Spur gekommen. Dampfer „Rügen“ ist als Begleitschiff für ein England abziehendes Schiff benützt worden. Er brachte die Mannschaft zurück und auch die nicht zur Wasserleitung kommenden Schiffsinstrumente. Statt diese Schiffsinstrumente vorrätig zu machen in Bremerhaven abzurufen, unterließ die Mannschaft nicht nur diese Gegenstände, sondern es wurden auch alle sonst wertvollen Gegenstände der Schiffe geklaut und dann abgeführt. Nautische Instrumente, wie Karten und Kompass, Fernrohre usw. sind in einem unübersehbaren Umfange verschunden. Allein in dem letzten kleineren Falle, wo die Schiffebeinen aus Sicht kamen, sind Wertgegenstände aufgebracht, die schon weit über 100 000 Mark betragen. Als Hauptbeteiligte sind vier Mann der Besatzung, der vier Offiziere und einige Steuermänner verhaftet worden.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichsmarktsrates hat in der Protokollredaktion die Beschlüsse seines Unterausschusses bestätigt. Der Nachspruch für Auslandsgetreide soll aus dem Reichsstaatsfonds werden. Der Ausschuss stimmt dem Antrage zu, die Einfuhr von Weizen vier möglichst einzuführen und beschloß, jährlich 400 000 Gek Raffee zur Einfuhr frei zu geben.

Die Militärstrafe der Saarbergwerke. Der preussische Handelsminister hat telegraphisch mitgeteilt, daß die Strafe für die gegenzeitigen Rücktritt der Saarbergwerken in den pro u s i s c h e n S t a a t e n i n f e n t g e n d e n M i n i s t e r e r l a s s vom 1. April 20 bis 6. März 1921 verlängert werden soll.

## Auslands-Rundschau.

Streikbewegung in Holland. Nach Verhandlungen der Delegierten der Post-, Telegraphen- und Telefon-Gewerkschaften mit Ministerpräsidenten haben die Gewerkschaftsleitungen am Freitag abend das Personal in Rotterdam und Haag angewiesen, ihre Arbeit fortzusetzen. Die Streikenden in Amsterdam haben die Weisung erhalten, die Arbeit wieder aufzunehmen, angeichts des Umstandes, daß die Regierung nicht geneigt ist, in Verhandlungen einzutreten, solange der Streik fort dauert.

Neue Besetzungen durch die italienischen Arbeiter. Dem „Corriere della Sera“ zufolge haben die Arbeiter die dem Staate gehörenden Eisenminen auf der Insel Elba in Weisung genommen. Die Besetzung wurde sofort einseitig vollzogen, da die Arbeiter von der Regierung die positive Überlassung der Minen zur Ausbeutung verlangt haben. Bis jetzt waren die Gruben von der Società Elba gepachtet. Auch die Randwälder Mühle wurde von den Arbeitern besetzt. Der Polizeidirektor gab der Arbeiterchaft durch einen Sekretär des Metallarbeiterverbandes eine Frist von 4 Stunden zur Räumung des Betriebes. Die Werke wurden mit Polizei umstellt und bereits vor Ablauf der Frist verlassen die Arbeiter die Fabrik.

Präsidentenwahl in Nicaragua. Wie der Gesandte von Nicaragua mitteilt, ist Diogo Manuel Canozaro zum Präsidenten gewählt worden.

Der Mühlentag in Belgien. Der Senat begann gestern die Befragung des Gefekes zur obligatorischen Einführung des Mühlentages. Von liberaler Seite wurde der Versuch gemacht, die Beratung zu vertagen, bis durch die Arbeiterkongress von Washington eine umfassende internationale Enquete veranlaßt sei. Gegen diesen Versuch der Vertagung wandte sich der Arbeitsminister Monters. Die Beratung wurde gestern noch nicht zu Ende geführt.

## Halle und Umgebung.

### Raubmord.

Einem Raubmord ist Freitag abend gegen 10 1/2 Uhr auf der Hauptstraße Halle — Leipzig zwischen Großtauch und Scheußlich der Kaufmann Wilhelm Mittel auf dem Wege zum Dofar gefallen. Mittel wurde noch tödlich von Inoffizieren eines von Halle kommenden Autos aufgefunden. Die Leiche wurde eine schwere Schieberkutsche auf, die angeschlossen mit einem Hammer erschossen ist. Mittel führte ein Fahrrad bei sich, mit dem der Mörder geflohen ist. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist weiter nichts bekannt worden. Anschließend muß der Täter durch das Auto geföhrt worden sein. Das Fahrrad führt die Marke

„Panzer“, das hochgebogene Lenkgestänge, Schwarsen Rahmenbau, doppelte Sattelfederung, von der eine Feder zerbrochen ist und fast keine Verstellung. Am hinteren Rad fehlen einige Sprossen. Der Tat dringend verdächtig erscheint ein Mann im Alter von etwa 27 Jahren, etwa 1,68 Meter groß, von unterleiblicher Gestalt, schmarozem Haar, schwarzem Kops gezeichneten Schnurrbart und schmalen, gleichen Gesicht, der kurz vor der Auffindung des Ermordeten gesehen worden ist. Er trug schwarzen Anzug, Handschuhe mit Tuchbesatz, sowie Mittelschmied und Brillenschmied. Außerdem soll er einen Koffer bei sich führen, in dem ein Peltschmied enthalten war, den er bei kalter Witterung zu tragen pflegt. Es ist zu vermuten, daß die Kleidung des Täters, sowie auch das ihm, dem Ermordeten geraubte Fahrrad, Raubspuren tragen. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint sich der Täter in Gelnau zu befinden und wird deshalb vornehmlich dort nachzufuchen das Fahrrad baldmöglichst zu verhaften. Am sofortigen Mitteilung aller irgend wie fahndungsföhrenden Angaben an die Kriminalpolizei, Zimmer 78, wird dringend gebeten.

Die Österreicher im ersten Teil vorbei, und der letzte Teil wird vom Ost her heranzurücken. West und Ost werden die Wege zum Himmel, die noch vor kurzer Zeit sich unter der Last der Erträge bog und zum Teil gelähmt waren, nun mit aufwachen zu bringen. Verantw. Falloft liegt noch die und da herum. Das Gewürz der Erde hat darin kein Lager aufgeschlagen. Zu Ostenden liegen keine Zentren für den Osten und Westen, die sich der Apfel kein Berufstellen schlug. Hungarische Weisen haben sich tief in die verfallenen Wägen eingestreut und kommen taumelnd zum Vorschein, als ob sie betrunken wären von der Sichel. Kaninchen und Hasen haben sich nicht angefangen, man sieht die Spuren ihrer klaren Zähne an dem umherliegenden Mist. Die Wägen hören keine Gänge in die Erde, aus welchen sie hebrer zum Vorschein kommen, wenn sie in ihrer Tätigkeit gelöst werden.

So sieht auch das wärdige, das Verfallende in der Natur noch Beweisen von ledern Fraß. Ein ungeschriebenes Gesetz der Natur hat die Natur nicht verloren gehabt. Wärdigen Feiner, fast unüberhörbar Weisen überziehen alles. Liegende, kein Weisen perantw. wie mit einer Decke, unter der es langsam aber sicher veratet, noch im Aufsteigen in Nichts seinen Zweck erfüllend. Und darin mag der Lebenszweck dieser feinsten Organismen bestehen.

## Familien-Nachrichten.

Geboren: Hermann Kuntz (L.), Döllnitz; Major im Generalstab Schürmann (L.), Königswitz. 1. Pr.: Wilhelm Saaß (S.), Lorenz. Verlobt: Anna Krüger — Fritz Wendt, Neudorf; Mariechen Bolmer — Otto Jungbaum, Sghowitz; Elie Damm — Bernhard Krus, Döllitz; Will Bergin — Maria Kofke, Salla; Elie Broß, Salla — Paul Müller, Sghowitz; Hans Wagner — Fritz Jaspel, Salla; Anna Wagner, Sghowitz; Erwin Busch, Salla; Grete Reichmann, Erfurt — Ernst Krüger, Salla. Vermählt: Seminarlehrer Hans Richter — Helene Elsterwerda; Studienrat Dr. phil. Wilhelm Reile — Helene Saaß; Salla; Kaufmann Dr. phil. Rühlm — Gertrud Welle, Berlin; Oberlehrer, Groß-Prinzessin Kreis Drumburg (Wom.) — Friede Rieder, Seeben. Gestorben: Rentier Wilhelm Roeder, 70 J., Salla; Eisenbahner Albert Wärdner, Leubitz; Paul Müdel, 38 J., Solleben; Carl Dattendorn, Salla; Marie Dieck, geb. Gerlach, 60 J., Salla; Arbeiter Ernst Jordan, 16 J., Salla; August Wille, 72 J., Salla; W. Neumann, Dörschum.

## Lebensmittel-Kalender.

Milchzeiten. In der Woche vom 11. bis 17. Oktober hat die Abgabe der sonderbaren Milch in Dollen an die Inhaber der Milchkarten der Klasse III auf die Sondermarken V zu erfolgen. Die Abgabe der Warenbescheinigung (Serie 22) findet in der Woche vom 11. bis 17. Oktober 1920, jedoch mit der Abgabe der Brotmarken in den städtischen Brotbackereien statt. Städtischer Verkauf von Käse in der Tafelmilchschule am Montag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 54 001 — 54 500 vorm. von 8 bis 12 Uhr und nachm. von 2 — 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 15 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben. Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen. Abgeschicktes Geld ist berechtigt zu halten. Städt. Verkauf von Gewürzen an Haushalte mit geltend zu machen Lebensmittelkarten, ferner von Krusen, Walzerstr. 1, Leubitz und Besatz an alle Haushalte in der Tafelmilchschule am Montag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 27 501 — 27 000 vorm. von 8 — 12 Uhr und 32 001 — 37 000 nachm. von 2 — 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelkartens können an jede Person der Haushalte mit geltend zu machen Lebensmittelkarten 140 Gramm Gewürzen zum Preis von 20 Pf., an jeden Haushalt 4 Gramm zum Preise von 4,50 Mark für vier Eier, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dole Walzerstr. zum Preise von 4,30 Mark, 50 Gr. Trockenmilch (Cela) für vier Eier) zum Preise von 4 Mark und 1/2 Dole. Brausepulver zum Preise von 6 Mark für das halbe Pfund abgegeben werden. Abgeschicktes Geld ist berechtigt zu halten.

## Provinzial-Nachrichten.

### Zu dem Streik der Schachtmeister im Gelselt.

Wärdner, 9. Okt. Am Freitag ist im Gelselt ein Hungerstreik vorbereitet worden, das die nicht am Streik beteiligten Arbeiter in den Streik zu ziehen versucht und auf die Namen veröffentlicht. Das Blatt ist außer von der Streikleitung, dem Bauernbrotverbande, dem Metallarbeiterverbande und dem Gewerkschaftsrat Wärdner auch unterzeichnet vom Bergarbeiterverbande und dem Verbande der Maschinen- und Eisenarbeiter. Es ist festgestellt worden, daß die beiden zuletzt genannten Verbände dem Streik durchaus fernstehen und daß ihre Mitglieder nicht mitbraucht werden ist. Wie wir hören, haben beide Verbände Schritte zur Aufklärung über die Unterzeichnungsfallung eingeleitet.

### Eine Mordtat bei Admial Scheer.

Wärdner, 9. Okt. (Frankfurt). Heute Nachmittag wurde in der Wille des Feldes der Stageratschaft Admial Scheer eine Mordtat verübt. Im Kohlenfeld wurde zunächst das Dienstwärdner tot aufgefunden. Im Vorder-

zug die Gemahlin des Admirals tödlich durch einen Kopfschuß verletzt, um im Kofort die 18jährige Tochter des Admirals in einen Brustschuß ebenfalls tödlich verletzt. Admiral Scheer befand sich in einem Zimmer des oberen Stockwerks. In einem Nebenzimmer lag der Wärdner, der Major Karl Wärdner, der durch einen Schuß in den Kopf sich selbst entsetzt hatte. Als die Schüsse fielen, floh ein zweiter Mann aus der Wille, dem man auf der Spur ist. Der aufgefundenen Wärdner war für die Tat auf ausgeführt. Er hatte das Gesicht mit Tüchern umwickelt, in der Tasche ein Messer und einen weissen Pfeffer. Es ist noch nicht ermittelt, ob es sich um einen Raubmord handelt, da in der Wille selbst nichts geföhrt ist.

Wärdner, 9. Okt. (Zum Landrat) hier wählt die Kreisrat den kommunikativen Landrat Noel.

Wärdner, 9. Okt. (Auslese der Tüchtigen.) In Anhalt wurde von der Regierung bei der Abteilung Schäfermann ein Zentralstelle errichtet, welche auf Verlangen der Retoren und Lehrer oder ambedingten Gemeinden besonders begabte Kinder aussucht, um sie in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung zu fördern.

Wärdner, 9. Okt. (Die Hausbesitzer) fordern in einer Verammlung, daß unter Hausbesitzer der Hausbesitzer ein Preiszuschlag von 75 bis 80 Prozent der Mietmiete von 1914 beantragt werden würde. Im Verlaufe des Abends einigte man sich auf folgende offene Anfrage an den Magistrat: „Ist dem Magistrat bekannt: 1. daß der Staat den Mietern für Wohnhäusern um 100 p. h. und die Getreide- und Kartoffelerzeugung um 500 p. h. erhöht hat; 2. daß militärischen Wohnungsinhabern der Gehaltsstufe 1 bis 3 (Zwei-Zimmerwohnungen) 900 Mark und den Oberfeldwebeln (Drei-Zimmerwohnungen) 1065 Mark und Bewohnern der Mannschaften jeden einzelnen jährlich 336 bis 693 Mark, um ihren Gehältern einbezahlt werden; 3. daß das Finanzamt Magdeburg für freie Wohnhäusern von zwei Zimmern 420 Mark und für jedes weitere Zimmer 210 Mark mehr als Einkommen in Rechnung bringt; 4. daß Behörden und Bürgervereine nicht der Mietsteigerungsunterworfen sind; 5. daß unter dem Schutze der modernen Wirtschaftsgewerbe die Wohnhäuser und deren Zubehör müßlich beschlagnahmt und die Wasserablässe der hohen Kosten wegen nicht ausbezahlt werden, sondern das Wasser zum großen Nachteil des Hausbesitzer lauten gelassen wird; 6. daß der Finanzamt und Richter des Jnnern unter dem 17. bzw. 20. Juli v. J. Magdeburg als leere Dreifeldmiete für die bezahlten Mietmieten bei Mietern zu zahlen ist; 7. Wenn ja, womit begründet der Magistrat seinen Standpunkt, daß er dem Preiszuschlag nicht mehr als 20 p. h. Mietzuschlag zubilligt, obwohl er die Wertvermehrung der Wärdner, Unterbeschlossenheit, Kosten für Materialien, Steuern und Zinsen teilweise zu tragen hat.“ Die Besetzung der Wohnungsrat und die Besetzung der Bauaufsicht wird dadurch über nicht gefördert. Man erwartet, daß diese Angelegenheit auch die Stadtratsversammlung beschäftigen wird. Ferner wurden noch Mitteilungen über das neue Wirtschaftsleben und den Einfluss der Wirtschaft auf die Haushalte gemacht, wobei die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß ein solches Gelingen niemals Mißlichkeit werde.

Wärdner, 9. Okt. (Ein verheerendes Feuer) hatte die Maschinenfabrik von Wärdner heim. Die Wärdner wurden 1 1/2 Millionen Mark neue Maschinen vernichtet.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Für eine vernünftige Preisbildung.

Ein Provinzial-Wirtschaftsausschuss. Um eine vernünftige Preisbildung auf dem Gebiete der Preisermittlung, Beschaffung, Verteilung und Verkauf von Wirtschaftsgütern der Provinz Sachsen, der Verband landwirtschaftlicher Viehhändlervereine und der Wirtschaftsverein Provinz Sachsen im Deutschen Reichsverband eine Veranlassung einberufen, um die zahlreiche Vertreter der Wirtschaft zu beraten. Der Verband von der Landwirtschaftskammer ernannte die Sitzung, die aus allen Teilen der Provinz hart bezeugt war, mit dem Hinweis darauf, daß die wachsende Preisbildung bei der Aufhebung der Zwangsangehörigkeit am 1. Oktober die Veranlassung notwendig gemacht hat, die Wirtschaft in dem betreffenden Organisationsfreibildung entschlossen, über eine gesunde Preisbildung zu beraten. Hauptzweck im ersten Teil der Veranlassung war der Generalstreik des Bundes Deutscher Viehhändler, Scholz-Berlin, der über die Preise und Ziele des Wirtschaftsausschusses im Wirtschaftsgebiet IV (Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen) trat. Die Preisbildung habe in ungeheurer Formen angenommen, daß sie eine ernste Gefahr für das gesamte deutsche Volk bilde. Der Redner betonte die Notwendigkeit, die Preise durch freie Vereinbarung zu regeln, da die Regierung sonst bei noch härterer Anwendung der Zwangsangehörigkeit zu weitgehender Preissteigerung über gar zur Einführung der vollen Zwangsangehörigkeit kommen müßte, die dem Geschäftsbetrieb für und für offen. Der Redner schloß, nur aus Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels, des Viehgewerbes und der Verbraucher für jedes Wirtschaftsgebiet einen Ausschuss zu bilden, dessen Aufgabe es sei, die Preisbildung in dem betreffenden Gebiete zu überarbeiten und allen Auswüchsen Lohnauslos, nötigenfalls mit Hilfe des Preissteigerungsrechtes, zu weise zu geben.

Über die Organisation des zu gründenden Ausschusses für den Wirtschaftsgebiet 4 (Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen) ist es, dürfte zu sagen, daß eine Vertretung 3 Gebiete aus, das ein Ausschuss für das ganze Reich in Berlin bereits gegründet und in Tätigkeit getreten sei, der sich aus je 1 bis 2 Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Viehgewerbes und 15 Vertretern aus den Kreisen der Verbraucher zusammensetze. Aufgabe des zu gründenden Wirtschaftsgebietes ist es, dafür zu sorgen, daß eine Vertretung an die Sittenorganisation in Berlin über Preisbildung und Viehhandel regelmäßig stattfindet. Ferner soll die Kommission darauf hinwirken, daß alle Überlieferungen vernünftiger Preise und alle Auswüchse, wie Scheinhandel und Scheinvermittlung, vollständig aufgehoben und zur Aufgabe beim Bundesrat gebracht werden. Schließlich ist Aufgabe des Ausschusses, Unterlagen für eine angemessene Preisbildung zu schaffen.

Für die Verbraucher wurde, wie die „Magdeburger Zeitung“ berichtet, folgende Verren in der Verfassung genehmigt, der Wirtschaftsverein des Konsumvereins in Magdeburg, Vorsitzender, Stadtrat Paetzold-Erfurt, Stadtrat Schauböck-Ahlgraben, Stadtrat Weisheit-Eisenberg, Stadtrat Haller.



# DEGEA

## Das Qualitätseisen

Das elektrische Dögeleisen „Degea“ ist von musterhafter Ausführung. Eine sinnreiche Gewichtverstellung verhindert die Ermüdung des Handgelenkes. / Überall erhältlich. Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1920101019/fragment/page=0002





